

SoVD warnt: Aktuelle Rentenerhöhung ändert nichts an wachsender Altersarmut

# Niveau der Renten stabilisieren

## Fortsetzung von Seite 1

Rente kaum nutzen. Und auch die Betriebsrente weist immer noch erhebliche Defizite auf. Schon heute können deshalb immer mehr ältere Menschen nicht von ihrer Rente leben.

## 536 000 Rentnerinnen und Rentner in Grundsicherung

„Rund 536 000 Rentnerinnen und Rentner sind auf die Grundsicherung angewiesen“, benennt Adolf Bauer die alarmierenden Fakten. Rechnet man die große Gruppe der erwerbsgeminderten Menschen hinzu, verdoppelt sich die Zahl derjenigen, die eine Mindestsicherung beantragen müssen, um einem minimalen sozialen Standard zu halten.

Darüber hinaus ist von einer hohen Dunkelziffer auszugehen: Betroffene, die aus Scham von ihrem Recht nicht Gebrauch machen, obwohl ihre Einkünfte bei Weitem nicht für den Lebensunterhalt ausreichen.

Zahlen aus dem Armutsbericht des Paritätischen Gesamtverbandes machen deutlich, dass der Anteil der von Armut betroffenen Rentnerinnen und Rentner in den letzten zehn Jahren um 46 Prozent gestiegen ist.

## Deutschland belegt im Vergleich vorletzten Platz

Nach jüngsten Presseberichten belegt das als wohlhabend geltende Deutschland damit einen traurigen vorletzten Platz im europäischen Vergleich: Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat ermittelt, dass für Geringverdienerinnen und -verdiener das Rentenniveau lediglich in einem der 34 OECD-Länder niedriger ist als hierzulande.

Vor den Folgen einer in weiten Teilen verfehlten Arbeits-

markt- und Rentenpolitik warnt der SoVD seit Jahren mit Nachdruck. Die Rentenreformen, die vor eineinhalb Jahrzehnten auf den Weg gebracht wurden, haben zum schleichenden Abbau des Rentenniveaus geführt. Minimale Erhöhungen wurden dabei von jahrelangen Kaufkraftverlusten überschattet.

In den Jahren 2004, 2005, 2006 und 2010 drückten sogenannte Nullanpassungen zusätzlich auf die Höhe der Altersrenten. Auch die steigenden Beitragsbelastungen in der Kranken- und Pflegeversicherung sowie Jahre andauernder Inflation kommen bei den zu erwartenden Altersbezügen negativ zum Tragen.

Vor allem für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die im Niedriglohnbereich oder in prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigt sind, hat die Gesamtentwicklung fatale Auswirkungen.

## Hohes Armutsrisiko insbesondere für Frauen

Ein hohes Risiko, im Alter zu verarmen, haben auch Frauen, die in Teilzeit arbeiten, z.B., weil sie gleichzeitig Kinder erziehen oder Angehörige pflegen. In aller Regel können sie in Teilzeitbeschäftigungen keine ausreichenden Rentenansprüche für ihr Alter erwerben – insbesondere dann nicht, wenn sie alleinerziehend bzw. alleinstehend sind.

Auch längere Zeiten der Arbeitslosigkeit oder der Erwerbsminderung ziehen heutzutage unüberbrückbare Lücken in der Altersversorgung nach sich. Da bei Arbeitnehmerinnen häufig einige der genannten Risikofaktoren zusammentreffen, ist es kaum verwunderlich, dass Altersarmut zunehmend zu einem weiblichen Phänomen wird.



Foto: delkoo/fotolia

**Für alte Menschen ist Armut besonders entwürdigend, weil damit die Lebensleistung entwertet wird. Isolation und Depression sind häufig die Folgen.**

Der SoVD fordert seit Langem, das Rentenniveau zu stabilisieren und dann stufenweise wieder anzuheben. Der Verband hat ein wirksames Konzept zur Alterssicherung vorgelegt. Vor allem die Dämpfungsfaktoren in der Rentenanpassungsformel müssen dazu aus SoVD-Sicht endlich abgeschafft werden.

## Korrekturen bei den Erwerbsminderungsrenten

Zu den SoVD-Forderungen gehören darüber hinaus auch längst überfällige Korrekturen bei den Erwerbsminderungsrenten. „Die Zahl der Menschen, die arbeiten wollen, es aber nicht mehr können, wächst. Betroffene sind einem hohen Armutsrisiko ausgesetzt, das sie aus eigener Kraft nicht begrenzen können“, macht SoVD-Präsident Bauer deutlich.

In den Vorschlägen des Verbandes ist außerdem ein Rentenfreibetrag in der Grundsicherung vorgesehen. Denn

bislang wird jede kleine Rentenanpassung, aber auch die Leistung der Mütterrente mit der Grundsicherung verrechnet.

## Lebensleistungsrente als Modell wenig hilfreich

Als wenig hilfreiches Konzept gegen die wachsende Altersarmut beurteilt der Verband hingegen die sogenannte „Lebensleistungsrente“. Das viel diskutierte Modell soll eigentlich Geringverdienerinnen und -verdienern helfen: Wer 40 Jahre lang Rentenbeiträge gezahlt und privat vorgesorgt hat und dennoch im Alter auf Sozialhilfe angewiesen wäre, erhält eine geringfügige Aufstockung der Altersbezüge.

Wegen der hohen Zugangshürden wird der Zuschuss jedoch nur einer geringen Anzahl der Geringverdienerinnen und Geringverdiener zuteil. Dass die Lebensleistungsrente, um die in den letzten Wochen erneut ein heftiger Streit entbrannt ist, an der prekären

finanziellen Lage älterer Menschen etwas ändern wird, ist deshalb aus SoVD-Sicht nicht zu erwarten.

## Rente muss Lebensstandard sichern können

Für alte Menschen ist Armut besonders entwürdigend – weil damit ihre gesamte Lebensleistung entwertet wird. Von Altersarmut betroffene Menschen resignieren häufig und erkranken an Depressionen. Sie vereinsamen zunehmend, weil ihnen das Geld fehlt, um am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Altersarmut ist ein Armutszeichen für die Gesellschaft. Es ist aus Sicht des SoVD höchste Zeit, zu einer lebensstandardsichernden Rente zurückzukehren. Dafür wird der Verband sich auch weiterhin mit Nachdruck einsetzen.

Das Alterssicherungskonzept kann auf der Internetseite des SoVD unter [www.sovd.de/mindestsicherung](http://www.sovd.de/mindestsicherung) heruntergeladen werden.

Countdown bei der Unterschriftenaktion des SoVD zur Mütterrente

# Es kommt auf jede Stimme an

**Am Internationalen Tag des Kindes, dem 1. Juni, will der SoVD seine Unterschriftenlisten an Bundeskanzlerin Angela Merkel überreichen. Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner fordern die Bundesregierung damit auf, die Mütterrente gerechter zu gestalten.**

Der SoVD hat gemeinsam mit der Volkssolidarität, dem Deutschen Frauenrat und ver.di eine Unterschriftenaktion für eine gerechtere Mütterrente initiiert (wir berichteten mehrfach). Damit wird die Regierung aufgefordert, die ungleiche Anrechnung von Kindererziehungsjahren bei der Rente

abzuschaffen. Die Unterschriftenlisten sollen Bundeskanzlerin Merkel am 1. Juni, dem Internationalen Tag des Kindes, übergeben werden. Je mehr Unterschriften gesammelt werden können, desto wirksamer kann den Forderungen Nachdruck verliehen werden. Deshalb gilt die Aufforderung an alle Mit-

glieder und Nichtmitglieder: Unterschreiben Sie bitte! Sammeln Sie Unterschriften!

Weiterführende Informationen zur Unterschriftenaktion gibt es in einem TV-Clip auf der SoVD-Internetseite unter: [www.sovd.de](http://www.sovd.de) oder auf dem Internetportal Youtube unter: [www.youtube.com/user/sovdtv](http://www.youtube.com/user/sovdtv).



Foto: Monkey Business /fotolia

**Auch Müttern, deren Kinder vor 1992 geboren worden sind, sollten drei Erziehungsjahre angerechnet werden.**